

# BLICKPUNKT PLENUM

25. – 27. November 2014

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



## Vorgelegtes KFA-Modell ist politische Bilanztrickserei

Die hessische SPD hat bei der Landtagsdebatte um ein Modell des Kommunalen Finanzausgleichs gefordert, den vorliegenden Vorschlag zurückzuziehen. Was der Finanzminister vorgelegt habe, sei nichts anderes als politische Bilanzfälschung. Es sei höchst eigenartig, dass das Finanzministerium angeblich zehn Millionen Datensätze neu berechne, das Ergebnis dann aber ganz zufällig das gleiche sei, wie vor der Reform. Auch faktisch handele es sich beim vorliegenden Entwurf um eine Umverteilung des Mangels. Die Landesregierung presse die Kommunen aus wie eine Zitrone, um die eigenen Versäumnisse der vergangenen 15 Jahre CDU-Regentschaft zu verstecken. Besondere Aufmerksamkeit gelte dem Übergangsfonds, der weder finanziert sei, der keine Laufzeit habe und der einige Kommunen mit geringen Tausenderbeträgen geradeso vom Minus ins Plus hebe. Damit versuche der Finanzminister seine Bilanz ins Positive zu tricksen.

Die Sozialdemokraten forderten die Landesregierung auf, mehr Geld in den Topf zu geben und darüber hinaus die 340 Mio. €-Entnahme seit 2011 rückgängig zu machen. Es müsse ein neuer Vorschlag in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden vorgelegt werden, der den Vorgaben des Staatsgerichtshofes in seinem Urteil vom 21. Mai 2013 Rechnung trage. Die Kritik der Kommunalen sei auf breiter Linie vernehmbar.

## Enttäuschendes Vergabegesetz der schwarz-grünen Koalition

Das in der jetzigen Form vorliegende neue hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz hat die SPD-Landtagsfraktion als „enttäuschend“ kritisiert. In den entscheidenden Punkten von Kontrolle und Sanktionen sowie dem Nachunternehmereinsatz habe es die schwarz-grüne Koalition versäumt, ihr Gesetz im Verlauf der Beratungen nachzubessern. Zahlreiche Missbrauchsfälle gerade im öffentlichen Auftragssektor, auch ermöglicht durch die EU-Osterweiterung und die damit einhergehende Freizügigkeit, zeigen, dass die derzeitigen Kontrollmechanismen nicht ausreichten. Damit blieben Hauptkritikpunkte bestehen: Das beste Gesetz nutze nichts, wenn es nicht kontrolliert werde. Ohne Kontrolle und ausreichende Sanktionen biete das neue Gesetz zu viele Schlupflöcher, um es zu umgehen. Unverständlich ist für die Sozialdemokraten auch, dass die Koalition ihr Gesetz auf Initiative der SPD zwar dahingehend nachgebessert habe, dass Tariftreue nun auch bei Aufträgen unter 10 000 Euro gelte, man dabei aber auf die Nachweispflicht verzichte.

Außerdem habe es die schwarz-grüne Koalition versäumt, die Vergabegrenzen für öffentliche Ausschreibungen nach unten zu korrigieren, wie dies die meisten Bundesländer getan hätten. Die öffentliche Ausschreibung biete immer noch den besten Schutz gegen Korruption. Nachteile beim Wettbewerb und ein erhöhtes Korruptionsrisiko bei nicht öffentlichen Ausschreibungsformen hatte auch schon der Bundesrechnungshof in einer Untersuchung anhand von 16.000 Vergaben im Jahr 2009 festgestellt.

## **CDU verbreitet weiter das Märchen vom Weiterbau der A 49**

Die SPD-Landtagsfraktion hat die CDU für die Untätigkeit beim Weiterbau der A 49 scharf kritisiert. Die CDU erzähle das Märchen vom Weiterbau der A 49 in unzähligen Auflagen. Die CDU regiere seit 1999 und seitdem sei beim Weiterbau wenig bis gar nichts passiert. Das Versprechen von Roland Koch und der CDU, dass nach einem Wahlsieg der CDU 1999 die Bagger rollen, sei seit langem gebrochen.

Der Bau des ersten Abschnitts der A 49 habe in den sechziger Jahren von Kassel Richtung Süden begonnen. Der letzte Abschnitt, der Teil von Borken nach Bischhausen mit einer Länge von 8,3 Kilometern sei vor 20 Jahren im Jahr 1994 freigegeben worden. Fast 16 Jahre nach dem gegebenen Versprechen von Roland Koch sei auf der Homepage von Hessen-Mobil nachzulesen, dass zudem ein Tunneldurchschlag durchgeführt, ein Spatenstich für eine Brücke vorgenommen und eine Baumaßnahme für die Verlegung einer Straße begonnen worden sei. Mehr sei unter der CDU-geführten Landesregierung in den vergangenen Jahren nicht unternommen worden.

Alle Zeichen deuteten darauf hin, dass die A 49 insgeheim durch die CDU aufgegeben worden sei, da der grüne Verkehrsminister mit wenig Tempo und halber Kraft den Weiterbau in Berlin vertrete. In dieser Auffassung sieht sich die SPD auch durch den Auftritt des Staatsministers beim Arbeitskreis für Kommunal- und Wirtschaftsfragen in Marburg bestätigt, bei dem Minister Al-Wazir wenig Engagement für die A 49 attestiert worden sei.

## **Kein kommerzielles Erdgas-Fracking in Hessen**

Den Gesetzentwurf aus dem Bundesumweltministerium zum Erdgasfracking hat die SPD-Landtagsfraktion als „einen großen Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet. Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sei klar: auch in Zukunft werde es in Hessen kein kommerzielles Erdgasfracking geben. Nach Jahren der Untätigkeit der Vorgängerregierung sei dies ein richtiges Signal. Würde der Kriterienkatalog des Bundes auch für Hessen als Maßstab angelegt, so sei klar, dass die umstrittene Technik nicht zur kommerziellen Anwendung kommen werde. So werde Fracking zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas im Schiefergestein oberhalb von 3 000 Metern Tiefe – und nur solche Flächen gebe es in Hessen – generell und auf Dauer verboten.

Leider sei auf Druck von Teilen der CDU und des Bundeskanzleramts die klare Verbotsregelung bei der Forschungsfrage und des sogenannten Lagerstättenwassers mit einem Hintertürchen versehen worden. Daher müsse noch auf den weiteren Gesetzgebungsprozess in Bundestag und in Bundesrat Einfluss genommen werden. Hilfreich sei es, die Regelung, ob es Forschungsvorhaben geben darf, den Ländern zu überlassen. Auch über ein Verbot zur Verpressung des Lagerstättenwasser werde im Bund noch intensiv diskutiert. Ein klares Verpressungsverbot des mit hochgiftigen Benzol und Quecksilber belasteten Lagerstättenwassers sei umweltpolitisch geboten. Die SPD-Landtagsfraktion forderte, statt unverbindlicher Entschließungsanträge im Bundesrat zu stellen, sich aktiv an der Gesetzgebung zu beteiligen.

## **Eine Information der SPD-Nordhessenrunde**